

SOLIDARITÄT

Newsletter Montagsdemo Rheinfelden

Agenda 2010: Die Schröder-Therapie

Themen in dieser Ausgabe:

- Schieflage ...!
- Rating-Agenturen ...!
- Demos ...!
- gegen Rechts ...!
- Martin Niemöller ...!
- Neoliberalismus ...!
- Sparschweinerei ...!
- Staatsterrorismus ...!
- Montagsdemo aktuell ...!

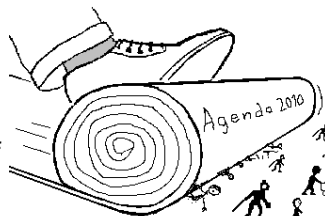
IN DIESER AUSGABE:

Soziale Schieflage in Deutschland ist ein Armutszeugnis	2
Sparkassen in Ostdeutschland beenden Zusammenarbeit mit Rating-Agenturen	2
Wenn der Demos zum Dämon wird	2
Nur eine Handvoll Mitarbeiter gegen Rechts	2
Ausspruch – Martin Niemöller	2
Colin Crouch: Das lange Leben des Neoliberalismus	3
Jacob Augstein – Die Sparschweinerei	3
Staatsterrorismus – DHS	3
Rheinfelder Montagsdemo 2011	4

Mit der Agenda 2010 schaffte die rot-grüne Bundesregierung die Arbeitslosenhilfe ab und verschärfte den Druck auf Arbeitslose. Zusätzlich wurde die Leiharbeit ausgeweitet und einige Jahre später das Rentenalter hochgesetzt. All dies gegen den Widerstand von Gewerkschaften, aber mit Unterstützung der CDU: „Ich möchte Kanzler Schröder ganz persönlich danken, dass er mit der Agenda 2010 mutig und entschlossen eine Tür aufgestoßen hat“, lobte Merkel.



Folgen der Reformen: Das Lohnniveau geriet unter Druck. Der Niedriglohnsektor dehnte sich aus. In den vergangenen zehn Jahren sind die Gehälter im Durchschnitt nicht gestiegen. Die sinkenden Lohnkosten verschafften den deutschen Unternehmen große Wettbewerbsvorteile auf dem Weltmarkt. Sie erzielten in den Folgejahren immer neue Exportrekorde, während der private Konsum stagnierte. [...] In diesem Sinne bauen die Regie-



Freie Bahn für Wirtschaftswachstum!

rungen der Euro-Zone ihre Gesellschaften um, „auch auf Druck des Kapitalmarkts“, so Commerzbank - Ökonomin Ulrike Rondorf. „Schwerpunkt dieser Reformen ist die Lohnfindung.“ So werden hunderttausende Staatsangestellte entlassen. Den verbleibenden werden die Gehälter gekürzt. Dieser Lohndruck überträgt sich auf den Privatsektor. Die Erhöhung des Rentenalters in Frankreich, Griechenland, Spanien und Italien spart dem Staat nicht nur Rentenzahlungen. Gleichzeitig wird das Angebot an Arbeitskräften erhöht, was auf das Lohnniveau drückt.



Zudem werden die Lohnfindungs-Mechanismen reformiert. Spanien, Griechenland und Italien schwächen die Position der Gewerkschaften, indem Tarifverhandlungen auf Betriebsebene Vor-

rang vor Flächen- oder Branchentarifverträge erhalten. „Außerdem wird darauf abgezielt, die Einsatzzeiten der Arbeitskräfte zu flexibilisieren und so die durch-



schnittlichen Arbeitskosten weiter zu senken“, erklärt die Ökonomin Ulrike Rondorf. Dazu kommen eine Senkung des Mindestlohns – so Griechenland und Irland –, eine Lockerung des Kündigungsschutzes, sinkende Abfindungszahlungen, Abstriche bei der Arbeitslosenunterstützung und die Erhöhung der Mehrwertsteuer, die die Steuerlast auf die Konsumenten verlagert. „Insgesamt zielen die Maßnahmen in eine ähnliche Richtung wie die Reformen, die 2003/2004 in Deutschland durchgeführt wurden“, so Rondorf.

Quelle: Frankfurter Rundschau



Muss weg, ohne wenn und aber!



Soziale Schieflage in Deutschland ist ein Armutszeugnis

Die Schere zwischen Arm und Reich in Deutschland ist in den vergangenen 15 Jahren massiv auseinander gegangen, Deutschland rutscht immer mehr in eine soziale Schieflage. Zu diesem Ergebnis kommt der Verteilungsbericht 2011 des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) unter dem Titel „Aufschwung für alle sichern!“ „Unser Wirtschaftssystem ist dabei, seine politische und soziale Legitimation zu verspielen, die auch auf einem für alle wachsenden Wohlstand fußt“, warnte Claus Matecki, DGB-Vorstandsmitglied, am Mittwoch in Berlin.

Die Beschäftigten haben real heute weniger in der Tasche als zur Jahrtausendwende. Die Reallöhne sind in Deutschland im Zeitraum von 2000 bis 2009 um 4,5 Prozent gesunken. Anders sieht es bei der Profitquote aus, dem Anteil der Unternehmens- und Vermögenseinkommen am Volkseinkommen. Sie ist von 27,9 Prozent im Jahr 2000 auf nunmehr 33,5 Prozent gestiegen. Dabei spielen die Einkommen aus Vermögenspositionen der Unternehmen eine immer wichtigere Rolle. Rund ein Viertel ihrer Gewinne (24 Prozent) erzielen die Kapitalgesellschaften aus Vermögenseinkom-

men. Statt in neue Produktionsanlagen oder in Forschung und Entwicklung zu investieren, werden Betriebsüberschüsse immer stärker auf den internationalen Finanz- und Kapitalmärkten angelegt... Die Behauptung, Deutschland sei ein Hochsteuerland für Unternehmen, bezeichnete Claus Matecki als „Märchen“. Nur 5,1 Prozent des deutschen Steueraufkommens stamme aus der Unternehmensbesteuerung. Im OECD-Vergleich sei dies der niedrigste Anteil.

Quelle: DGB Verteilungsbericht



Sparkassen in Ostdeutschland beenden Zusammenarbeit mit Rating-Agenturen

Der Ostdeutsche Sparkassenverband, OSV, beendet die Zusammenarbeit mit Rating-Agenturen. Keine einzige Sparkasse lasse sich mehr bewerten, sagte der geschäftsführende OSV-

Präsident, Holtmann, der Deutschen Presse-Agentur. Auch der Verband selbst wolle im kommenden Jahr aus dem Rating aussteigen. Holtmann betonte, Rating-Agenturen seien zu Recht

umstritten. Sie ordneten sich eine Macht und Kompetenz zu, die ihnen nicht zustehe. Holtmann fügte hinzu, die Sparkassen könnten auf eine externe Bewertung verzichten.

Quelle: Deutschlandradio



Wenn der Demos zum Dämon wird

Ob mutige Entscheidung oder Verzweiflungstat, ob aus ehrlichem Demokratieverständnis geboren oder aus taktischem Kalkül: Die Entscheidung Papan-dreous wirft auch ein schlechtes Licht auf die politische Landschaft in Deutschland. Eine politische Mehrheit, die sich wieder

glaubwürdig dem Demos zuwendet, eine die den Demos nicht wie den Dämon scheut, sondern sich „der Vielen“ annimmt, „getragen von der Überzeugung, die allgemeinen Interessen vertreten und die politische Bühne zu beherrschen, um das Gemeinwesen optimal zu führen“, wie Canfora

schreibt, wäre die demokratische Antwort auf die gesellschaftlichen Verhältnisse in Deutschland und Europa. Umso länger die Politik diese Antwort schuldig bleibt, desto anhaltender gefährdet sie die Demokratie.

Quelle: Wirtschaftungesellschaft



Nur eine Handvoll Mitarbeiter gegen Rechts

Nur eine Handvoll Mitarbeiter gegen Rechts. CDU-Innenexperte Bosbach will die „Schlagkraft und Effizienz“ des Verfassungsschutzes erhöhen. In den meisten kleineren Bundesländern arbeiten

meist nur fünf bis zehn Beamte hauptberuflich an der Überwachung des Rechtsextremismus. Quelle: Frankfurter Rundschau Anmerkung JB - nachdenkseiten.de Vielleicht wäre dies der richtige Zeitpunkt, um die komplett unsinnige Überwachung der Links-

partei einzustellen. Die dabei frei werdenden Kapazitäten wären bei der Überwachung rechtsextremer Terrorgruppen weitaus besser aufgehoben.

NPD verbieten – oder finanziell zerstören!

Wehret den Anfängen!
NPD und alle Naziorganisationen verbieten.
„Nie wieder Faschismus,
Nie wieder Krieg.“
Das sollten die Lehren aus unserer Geschichte sein.

Ausspruch — Martin Niemöller

Martin Niemöller, der (im Ersten Weltkrieg) Kommandant eines deutschen U-Bootes und später ein pazifistischer Pfarrer war und von den Nazis in ein Konzentrationslager eingesperrt wurde, hat den berühmten Ausspruch geprägt:

**„Als die Nazis kamen, um die Kommunisten zu holen, habe ich geschwiegen.
Ich war ja kein Kommunist.
Als sie die Juden holten, habe ich geschwiegen.
Ich bin kein Jude.
Als sie die Sozialdemokraten einsperrten, habe ich geschwiegen.
Ich war auch kein Sozialdemokrat.
Als sie kamen, um mich zu holen, gab es niemand mehr, der hätte protestieren können.“**

Colin Crouch: Das lange Leben des Neoliberalismus

... Heute jedoch besteht die Aufgabe nicht darin, den Untergang des Neoliberalismus infolge der von ihm selbst herbeigeführten Krise zu erklären, sondern vielmehr die Tatsache, dass er nach dem Zusammenbruch der Finanzmärkte politisch einflussreicher dasteht denn je. Obwohl die Krise durch das marktwirtschaftliche Agieren der Banken ausgelöst

wurde, sucht man ihre Folgen zu bekämpfen, indem man den Sozialstaat stützt und die Ausgaben der öffentlichen Hand beschneidet. Und da der Neoliberalismus ein internationales, ja sogar globales Phänomen ist, ist das nicht nur in England der Fall. Wir müssen uns also fragen, wie es zu dem überraschenden Ergebnis kommen konnte, dass der Neoliberalismus nicht untergegangen ist. Von zentraler Bedeutung ist dabei die Tatsache,

dass der real existierende Neoliberalismus bei weitem nicht so sehr auf freie Marktwirtschaft setzt, wie es seine Theorie behauptet. Stattdessen beruht er auf dem politischen Einfluss von Großkonzernen und Banken...

Eine Debatte, die allein um das Verhältnis von Markt und Staat kreist, verfehlt daher die entscheidenden Fragen.

Quelle: Blätter für deutsche und internationale Politik



Jacob Augstein – Die Sparschweinerei

Vorsicht! Die Finanzkrise hat den Neoliberalismus nicht umgebracht – im Gegenteil. Trotz entgrenzter Märkte hat die irre Ideologie vom schwachen Staat überlebt. Und Merkel-Deutschland trägt die Verantwortung. [...] Dafür ist das Austeritätsdogma verantwortlich, mit dem die Kanzlerin nun einen ganzen Kontinent überziehen will. In Deutschland sind dadurch die soziale Ungleichheit verschärft und der Konsum abgewürgt worden. Dennoch stehen die Chancen nicht schlecht, dass Merkel sich durchsetzt. Frankreich, der einzige denk-

bare Gegner von Gewicht, ist auf Merkels Kurs eingeschwenkt. Dass nach dem Rezept des Teutonengrills gerade die griechische Wirtschaft verbrutzelt, kümmert Merkozy nicht. Dabei könnten gerade die Deutschen seit den dreißiger Jahren wissen: Wenn man in der Krise den Gürtel noch enger schnallt, landet man in der Rezession. Dennoch muten sie das Rezept, das sie selbst schon einmal haben scheitern sehen, jetzt den Griechen zu. Und noch ein anderer Blick in die eigene Geschichte könnte den Deutschen helfen, ein

bisschen mehr Verständnis für die griechische Lage aufzubringen. Griechenland, sagt der Harvard-Professor Niall Ferguson, erlebe jetzt das, was die Ex-DDR erlebt hat: "Erst gibt man den Leuten eine harte Währung, mit der sie auf große Einkaufstour gehen. Dann macht man sie arbeitslos, und schließlich muss man sie finanziell unterstützen." Europa kann sich noch auf einiges gefasst machen.

Quelle: SPIEGEL Online



Staatsterrorismus — DHS



Die lang gehegte Befürchtung scheint sich zu bestätigen, dass das nach dem 11. September 2001 schnell ins Gigantische gewachsene U.S. Department of Homeland Security (DHS) nicht wie vorgedankelt dazu geschaffen wurde, um zukünftige Terroranschläge ausländischer Störfriede zu verhindern. Die Gründung der »Heimatschutzbehörde« war vielmehr eine vorbeugende Maßnahme, um ein Aufbegehren der verarmenden und hoffnungslosen amerikani-

schen Massen gegen die Diktatur der Reichen und Superreichen zu unterdrücken, die gerade mal ein Prozent der Bevölkerung ausmachen. Unter der Ägide des DHS sind die lokalen Polizeikräfte bis zu den Zähnen mit neuesten Waffen ausgerüstet und in militärischen Vorgehensweisen gegen Proteste einer unzufriedenen Bevölkerung ausgebildet worden. So stand die Bürgerkriegsarmee der »Einprozenter« bereits Gewehr bei Fuß, lange bevor jemand an die »Occupy Wall Street«-Bewegung gedacht hat. Das Ministerium zur

Errichtung polizeistaatlicher Strukturen, wie das DHS von Kritikern genannt wird, steckt offensichtlich als koordinierende Macht hinter dem zeitlich abgestimmten Vorgehen der »Sicherheitskräfte« gegen die »Occupy«-Bewegung in den großen US-amerikanischen Städten, das sich zugleich durch eine neue Stufe der Brutalität auszeichnet. Das berichteten am 15. November US-Medien unter Berufung auf einen namentlich nicht genannten Beamten des Justizministeriums.

Quelle: junge Welt



V.i.s.d.P. :
Initiative Montagsdemo Rheinfelden

Fritz Zell
Oberhofstrasse 1
79730 Murg/ Baden
Tel: 07763 - 9275807
E-Mail: aloisa.zell@t-online.de

Karl - Heinz Hirschmann
Eisenbahnstr. 7
79585 Steinen
Tel: 07627 - 8127
E-Mail: khirschmann@gmx.de

www.montagsdemo-rheinfelden.de



Wir brauchen Spenden !

Wer uns helfen will, der melde sich bei Fritz oder Karl-Heinz (siehe oben) DANKE !

Rheinfelder Montagsdemo aktuell

Immer wieder war auch bei uns der geplante Umbau des Stuttgarterbahnhofs Thema.

Seit Sommer und Herbst 2010 entwickelten sich die Kämpfe zu einer breiten Volksbewegung mit bis zu 100.000 Menschen. Sie leisteten massiven Wider-



stand gegen das „Milliardenprojekt“, das unter allen Umständen gegen den Willen vieler der Bevölkerung durchgezogen werden muss. Es ging aber auch gegen die „Arroganz der Macht“, die davon aus-



geht alles über die Köpfe der Bevölkerung hinweg durch zu ziehen.

Die brutale Polizeigewalt am 30. September 2010 mit Schlagstöcken, Wasserwerfer und Tränengas gegen Tausende, vor allem junge Demonstranten, steigerte noch die Entschlossenheit und den Kampfeswille der Protestbewegung.

Die Volksabstimmung wurde erkämpft gegen die Arroganz der Macht.

Sie kann für den aktiven Widerstand genutzt werden, ersetzen kann sie ihn nicht.

Das Kapitel S21 ist mit der Abstimmung sicher noch nicht zu Ende!

Am Oberrheinplatz ist es um 18 Uhr inzwischen wieder dunkel. Da ist doch eine Taschenlampe sinnvoll, um Licht in das Dunkel zu bringen.

Ob das bei den Döner-Morden auch funktioniert? Dem Bundesnachrichtendienst ist es ja 13 Jahre nicht gelungen, Licht in das Dunkel dieser Mordanschläge zu bringen. Warum wurde nicht gesucht? Was jetzt durch das BKA in den letzten Tagen ans Licht gefördert wurde, wirft die Frage auf: Hat die Führungsebene wirklich nicht gemerkt, dass es eine faschistische Terrorzelle gibt, oder?

Sollen Nazi-Fan's mit V-Leuten der unteren Ebene im BND den braunen Sumpf im Alleingang bewässert und



geschützt haben? Die Einschätzung von Kabarettist Volker Pispers wird sich als richtig erweisen. Er prognostiziert sinngemäß: Zum Schluss wird sich heraus stellen, dass ein geschickter Einzeltäter im BND das braunen Netzwerk betreut und vor dem eigenen Amt geschützt hat.

In den Krimis im Fernsehen kennt man die Stelle, wo ein Geheimauftrag gegeben wird mit dem Hinweis: Wenn Sie erwischt werden, leugnen Sie das wir Sie gekannt haben.

Termine, Veranstaltungen und Aktuelles!

- **Rheinfelder Montagsdemo**, jeden Montag um 18.00 Uhr am Oberrheinplatz
- **Freiburger Montagsdemo**, jeden Montag um 17.30 Uhr am Rathausplatz oder Walthari in der Bertholdstraße
- **Attac Lörrach**, öffentliches Plenum, immer am 1. Mittwoch im Monat im SAK (Altes Wasserwerk, beim Schwimmbad) Lörrach um 20:00 Uhr
- **Initiative Grundeinkommen** Lörrach trifft sich jeden 2. Freitag im Monat um 20:00 Uhr in der Kulturwerkstatt Lörrach Riesstraße, oder im „Nellie“
- **LISY** - Weil am Rhein lädt ein! Stammtisch immer am 3. Freitag im Monat um 19:00 Uhr, Restaurant "Delphi", Müllheimerstrasse 2 (gegenüber Kaufring)

Das Montagsdemo - Team wünscht allen unseren Lesern eine friedliche Weihnacht und einen guten Rutsch ins Jahr 2012!